



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 557 Anfrage Hartmann Armin und Mit. über den Einbruch der Investitionen im Jahr 2020 / Finanzdepartement

Die Anfrage A 557 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Armin Hartmann hält an der Dringlichkeit fest.

Armin Hartmann: Ich halte an der Dringlichkeit fest. Anfang Juni trifft sich die Planungs- und Finanzkommission (PFK) zur Beratung des Jahresberichtes. Wenn wir die Anfrage A 557 nicht dringlich erklären, wird die Antwort der Regierung auf diese wichtigen Fragen zum Jahresbericht nicht vorliegen. Das wäre im doppelten Sinn unglücklich: Erstens fehlen dann der Kommission wichtige Informationen, und zweitens kann der Finanzdirektor dann zu den Fragen in der Kommission gar nicht sprechen, weil die Regierung zu pendenten Vorstössen grundsätzlich keine Aussagen macht. Diese Ausgangslage beurteile ich als unhaltbar. Es reicht nicht, wenn die Regierung die beiden Vorstösse an der nächsten Session zusammen mit dem Jahresbericht behandeln will. Wir brauchen die Informationen bereits in der Kommission. Darum wäre die Beratung an der nächsten Session schon obsolet, und die Dringlichkeitskriterien sind aus diesem Grund erfüllt. Stimmen Sie darum der Dringlichkeit zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Kommissionsarbeit ist kein Dringlichkeitskriterium, das Ihr Rat festgelegt hat. Die Fragen sind wichtig, und das Anliegen ist berechtigt. Die Regierung opponiert der dringlichen Behandlung der Anfrage und des Postulats von Armin Hartmann. Wir sind der Meinung, dass es Sinn macht, wenn wir diese Vorstösse hier im Rat in einem Paket mit der Rechnung diskutieren. Dann können wir über den ganzen Umfang der Rechnungslegung und die Fragen zu den Investitionen Stellung nehmen. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, die Dringlichkeit für die Anfrage A 557 und das Postulat P 558 abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 55 zu 59 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.